

KOMMENTAR

Zweite Gotthardröhre:
Da müssen wir durch

Der Bundesrat hält an seiner Absicht, vor der Sanierung des Gotthard-Strassentunnels eine zweite Röhre zu bauen, fest. Alles andere hätte erstaunt – und alles andere wäre auch sachlich nicht zu rechtfertigen gewesen. Denn die Sanierung des Tunnels ist unumgänglich, könnte aber ohne eine zweite Röhre nur vorgenommen werden, wenn der Tunnel über Jahre total oder allenfalls teilweise gesperrt werden würde. Und dies hätte riesige wirtschaftliche Nachteile für den Kanton Tessin und würde zu einer zusätzlichen Belastung anderer Transitrouten führen, die zumindest in Graubünden kaum zu verkraften wäre. Die zweite Röhre – und das ist genauso entscheidend wie das Eliminieren dieser Nachteile – hat zudem den Vorteil, dass dann nach Abschluss des Neubaus und der Sanierung auf dieser langen und gefährlichen Tunnelstrecke endlich der Einbahnverkehr eingeführt werden könnte.

Natürlich besteht mit dem Bau einer zweiten Röhre die Gefahr, dass zusätzlicher Verkehr angelockt wird. Trotzdem wäre es aber ein Schildbürgerstreich sondergleichen, wenn die Sanierung nicht dazu genutzt würde, die Fahrt durch den Gotthardtunnel noch sicherer zu machen. Die aufwendige Sanierung ist eine einmalige Chance, den Gotthardtunnel quasi so zu bauen, wie er heute – in Kenntnis der Bedürfnisse und der Unfallrisiken – gebaut wurde: Mit total zwei voneinander getrennten Röhren. Der Einbahnverkehr erhöht die Sicherheit massiv. Sollte es dennoch wieder einmal krachen, käme es nicht mehr zu einer je nach Ereignis monatelangen Totsperrung mit ihren negativen Folgen für das Tessin und die Bevölkerung entlang der Ausweichrouten, vielmehr könnte der Verkehr dann wenigstens in einem Tunnel weiterfliessen. Das gilt auch für spätere Sanierungen, die alle paar Jahrzehnte unumgänglich sein werden.

Mit der Bereitschaft, die Autos und Lastwagen weiterhin nur einspurig durch die Tunnel schleusen zu wollen (obwohl dann beide Röhren je zwei Spuren haben werden), anerkennt der Bundesrat den vom Volk 1994 beschlossenen Verfassungsartikel, wonach der Ausbau von Transitstrassen in der Schweiz zum Schutz der Alpen nicht mehr gestattet ist. Dass sich die Exponenten des Vereins Alpen-Initiative trotzdem gegen das Vorhaben wehren, ist verständlich. Wer will schon über seinen eigenen Schatten springen?

Da es der Politik bisher tatsächlich nicht gelungen ist, den Verfassungsartikel und die entsprechende Gesetzgebung umzusetzen, können die Gegner einer zweiten Röhre in einem Abstimmungskampf die Glaubwürdigkeit der Botschaft infrage stellen und das Gespenst einer gigantischen Blechlawine und horrender Kosten auf die Plakate malen. Trotzdem sollte es möglich sein, in diesem Land eine Mehrheit zu finden, welche die Sicherheit, eine praxisorientierte Problemlösung und das Wohl des Kantons Tessins höher gewichtet als die plakativen Argumente einer fundamentalistischen Tunnelgegnerschaft.

Christian Buxhofer

Bündner Tagblatt

Herausgeberin: Südostschweiz Presse und Print AG.
Verleger: Hanspeter Lebrument, CEO: Andrea Masüger.

Redaktionsleitung: Christian Buxhofer (Chefredaktor, cb), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Susanne Taverna (Produktionschefin, na).

Redaktion: Sabrina Bundi (bun), Gieri Dermont (Aussenredaktion Surselva, de), Denise Erni (dni), Silvia Kessler (ke), Sabine-Claudia Nold (nol), Cornelius Raeber (Beilagenredaktion), Julian Reich (jul, Leitung Ressort Kultur), Thomas Spinass (ts), Claudio Willi (Wli). Redaktion Sport: René Weber (Leitung, rw), Hansruedi Camenisch (Sv., ca), Kristian Kapp (kk), Johannes Kaufmann (jok), Jürg Sigel (js). Bildredaktion: Marco Hartmann (Leitung), Rolf Canal, Theo Gstöhl. Redaktionelle Mitarbeiter: Sarah Blumer (blu), Yanik Bürkli (yb), Juscha Casaulta (jc), Olivia Item (oi), Marc Melcher (mm), Jonas Schneeberger (jos).

Redaktionsadressen: Bündner Tagblatt, Commercialstrasse 22, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, Fax 081 255 51 23, E-Mail: redaktion-bt@suedostschweiz.ch.

Verlag
Südostschweiz Presse und Print AG, Kasernenstrasse 1, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, Fax 081 255 51 10, E-Mail: mhaldener@suedostschweiz.ch.

Abonnement und Zustellservice: Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@suedostschweiz.ch.

Anzeigen
Südostschweiz Publicitas AG, Commercialstrasse 20, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59.

Reichweite «Die Südostschweiz»:
121 187 Exemplare (WEMF/SW-beglaubigt),
240 000 Leser (WEMF/SW-beglaubigt).

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Werbegesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

LEITARTIKEL

Aus der Chasa-Editura-Gerüchtesfabrik

Der Schuldige ist noch nicht gefunden, das Rätselraten geht weiter: Wer wird dem romanischen Verlagshaus Chasa Editura Rumantscha den Todesstoss verpassen: Die Lia Rumantscha oder das Kulturdepartement? Und wie wird

„
Wer versetzt der
Chasa Editura
Rumantscha den
Todesstoss?
„

dieses Ableben sein? Langsam und qualvoll? Schnell und schmerzlos? Oder taucht gar noch eine Wundermedizin auf? Die meisten Beobachter tippen momentan auf langsam und qualvoll. Und warum? Mit der Aktion vom Dienstag hat die Lia Rumantscha die Hoffnungen auf ein produktives Weiterbestehen der Chasa Editura Rumantscha – also auf die Wundermedizin – vermindert: Die Herausgeberin erhielt vorsorglich die Kündigung, die Finanzierung ihrer 60-Prozent-Stelle sei nicht gesichert. Die Stelle werde reduziert, man munkelt sogar bis auf 20 Prozent.

Da drängt sich doch schnell die Frage auf: Wenn eine Geschäftsführerin mit 60 Prozent erfolgreich jährlich vier bis fünf Bücher in hoher Qualität herausgebracht hat, was geschieht dann, wenn die Chasa Editura nur noch mit einem 20-Prozent-Pensum geführt wird? Der Dreisatz sagt: 1,3333 (unendlich). Klar, die

Überlegung ist wohl ein bisschen sehr simpel. Dennoch liegt dieser Gedanke auf der Hand. Auch das «Wir nutzen Synergien, indem wir die Chasa Editura in die Chasa Rumantscha bringen»-Argument erklärt nicht ganz, weshalb das Arbeitspensum der Geschäftsführung reduziert werden soll. Wohl kaum wird die Herausgeberin 30 Prozent ihrer Arbeitszeit verwenden haben, um Briefmarken aufzukleben oder Kopien zu machen.

Langsam und qualvoll also, sollte das Pensum wirklich drastisch gestrichen werden. Doch wann und warum und wie kommt es dazu? All diese Fragen führen auf der Suche nach den Hintergründen zu zahlreichen Gerüchten: Nr. 1: Die Lia Rumantscha will für

„
Kulturdepartement
und Lia Rumantscha
müssen sich einig
werden
„

das vor drei Jahren noch sehr enthusiastisch begonnene Projekt nicht in die Bresche springen.

Gerücht Nr. 2: Der Kanton schläft und weigert sich, etwas mehr zu zahlen, obwohl ja eigentlich im Bundesgesetz geschrieben steht, dass die romanische Verlagstätigkeit unterstützt werden muss. Dann

gibt es noch die etwas wilderen Varianten wie Nr. 3: Die Ära Urs Cadruvi beginnt mit dem «Chasa Editura Desaster» zu wanken, weil er sich als Generalsekretär zu wenig für dieselbe einsetze oder gar Nr. 4, dass sowieso alles nur wegen persönlicher Differenzen zugrunde gehen wird. Die Suche nach dem Sündenbock läuft auf Hochtouren. Wobei es wohl in diesem Falle vielmehr eine ganze Herde ist, wenn schon unbe-

dingt einer Schuld sein muss. Sehr geehrter Herr Generalsekretär Cadruvi, sehr geehrter Herr Regierungsrat Jäger: Bitte, versuchen Sie, möglichst bald die Gerüchte versiegen zu lassen. Es braucht dafür zunächst nur eine Antwort: Wie viel Unterstützungsgeld ist für die Chasa Editura vorgesehen?

Bisher bekam der romanische Buchverlag vom Kanton, Lia und der Pro Helvetia jeweils 60 000 Franken jährlich. Die Pro Helvetia leistet höchstens noch Werkbeiträge. Wie viel zahlen also jetzt Kanton und Lia? Wenn diese Zahl, die momentan von allen peinlichst verschwiegen wird, bekannt ist, kann die Lia zeigen, dass sie die richtigen Massnahmen für ein Fortbestehen der Chasa Editura-Produkte ziehen wird und dass Gerücht Nr. 1 nichts weiter als Unwahrheit ist. Gleiches gilt für den Kanton und Gerücht Nr. 2. Oder ist doch alles komplizierter? Es gibt da ja auch noch Gerücht Nr. 5: Die Lia

hat die bisherige Unterstützung der Chasa Editura aus einem Spezialfonds finanziert, und dieser ist jetzt leer. Deshalb braucht sie vom Kanton noch viel mehr Geld für die Chasa Editura. Oder doch nicht?

Vielleicht ist es schliesslich doch Gerücht Nr. 6, das besagt, dass alles nur Taktik ist. Ein schönes Gerücht, denn laut diesem tritt die Lia letztlich doch als Retter auf und sichert das Fortbestehen der Chasa Editura. Ein Fortbestehen mit weiteren Top-Produkten und vielen zweisprachigen

„
Die romanische
Literatur
darf nicht die
Verliererin sein
„

Ausgaben, die auch einem deutschsprachigen Publikum die Welt der romanischen Literatur eröffnet. Das wäre wahrlich ein wunderbares Szenario. Aber solange Kanton und Lia Rumantscha sich nicht über die Leistungsvereinbarung einig werden, bleibt alles unklar.

Was jedoch in der Debatte auch entschieden wird, der grosse Verlierer darf nicht die romanische Literatur sein. Die Produktionen der Chasa Editura machen sich im Bücherregal sehr gut und es wäre schön, wenn die Reihe auch auf mehr als 50 Zentimeter anwachsen würde. Nicht nur mit 1,3333 (unendlich) Büchern pro Jahr.

Brennpunkt

Parteien bezeichnen Strafen als gerechtfertigt

Die happigen Strafen gegen die UBS wegen der Manipulation der Libor-Zinssätze stossen in der Schweizer Politik auf Zustimmung. Die Sanktionen seien angemessen, sagte FDP-Präsident Philipp Müller gestern.

«Das ist ein Skandal von historischem Ausmass», erklärte Müller auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Mit der Busszahlung der Bank sei es aber noch nicht getan. «Die Täter müssen strafrechtlich verfolgt werden», fordert er.

Die Bank müsse nun die Konsequenzen aus dem Fall ziehen und die internen Kontrollen verschärfen. «Es braucht einen Kulturwandel innerhalb der UBS.»

Auch die CVP fordert bessere Kontrollen bei der UBS, um solche Skandale künftig zu verhindern. Zudem sollten die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, sagte Mediensprecherin Marianne Binder auf Anfrage. «Schliesslich schadet diese Strafe einem ganzen Unternehmen und al-



Das Logo der UBS an einer Filiale in London.

(Foto Keystone)

len Mitarbeitern.» Auch die Linke und von seinem Posten zurücktreten, forderte die SP gestern in einem Communiqué. Die Grünen rufen nach einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), um den Skandal aufzuarbeiten. Sie kündigten gestern einen entsprechenden Antrag für die Frühlingssession an. Die PUK soll insbesondere die Rolle der Finma und auch von Mark Branson untersuchen.

Auf bürgerlicher Seite sieht man hingegen keinen Anlass für politi-

sche Konsequenzen. Die Finma habe ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt, sagte Philipp Müller. Die rechtlichen Instrumente seien vorhanden, um Manipulationen wie jene der UBS zu bestrafen. «Nun gilt es, die Gesetze anzuwenden», sagte der FDP-Präsident.

Auch die SVP hält politische Konsequenzen nicht für angebracht. «Wir sehen keinen politischen Handlungsbedarf», sagte Generalsekretär Martin Baltisser auf Anfrage. Die Strafen gegen die UBS zeigten, dass das System

funktioniere.

Bundesrat äussert Bedauern
«Der Bundesrat hat mit Bedauern Kenntnis genommen von der Busse gegen die UBS», sagte Bundesratsprecher André Simonazzi. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf habe den Bundesrat informiert. Sie werde sich an einer Medienkonferenz heute zum Thema äussern, wenn alle Beteiligten – etwa auch die Finma – ihre Einschätzung abgegeben hätten.

Das Eidgenössische Finanzdepartement wollte keine Stellung zum Fall nehmen. Man nehme die Strafen zur Kenntnis, sagte ein Sprecher auf Anfrage. (sda)